

## ANALYSE

### **Die Beliebigkeit der Union ist alarmierend**

Der Ausgang der Wahlen war auch für die Union verheerend. Sie darf nicht verdrängen, sondern braucht eine neue Grundsatzbestimmung und Orientierung, statt nur die Macht anzustreben.

Von Rupert Scholz

Das Ergebnis der Bundestagswahl war nicht nur für die SPD, sondern auch für die CDU/CSU verheerend. Dennoch scheinen die einmaligen Verluste dieser Wahl in der Union nur wenig nachzuwirken, geschweige denn, dass von einer wirklichen Aufarbeitung der Gründe für diese Niederlage gefragt wird. Das Wort der Kanzlerin, sie wisse nicht, was man anders hätte machen können, scheint für viele eine Art Alibi zu bedeuten.

Noch deutlicher wird das mangelnde Denken mancher an jenem ebenso oft gehörten Satz, dass man jedenfalls das „strategische Ziel: keine Regierung ohne die Union“ erreicht habe. Schon in den gescheiterten Jamaika-Verhandlungen hatte man den Eindruck, dass es der Union mehr um das Zustandekommen einer Regierung als um die Durchsetzung eigener Inhalte ging.

### **Neue Grundsatzdebatte vonnöten**

Geht es einer Partei indessen nur oder vorrangig um den Machterhalt, so verfällt sie rasch zum schlichten Wahlverein. Dies muss in der Union in aller Klarheit gesehen und beachtet werden. Die zentrale Fragestellung für sie muss heute weniger der Machterhalt als die ebenso kritische wie zukunftsichernde Aufarbeitung des Debakels vom 24. September sein.

Dies gilt für die Parteivorsitzende Bundeskanzlerin Merkel ebenso wie für die ganze Partei. Ohnehin nur resignative Verdrängung kann nicht das Thema der Zukunft sein. Die Union braucht dringend eine neue Grundsatzdebatte beziehungsweise ein Verfahren umfassender Selbstvergewisserung, schon von der Basis her und ohne Rücksicht auf bestehende Macht- oder Personalstrukturen.

Selbst wenn es jetzt wieder zu einer großen Koalition kommen sollte, ein „Weiter so!“ darf nicht zur primären Perspektive werden. Schon die zurückliegende große Koalition hat zulasten der Union erhebliche Gewichtsverschiebungen bewirkt.

Die große Koalition hat ihre „Erfolge“ vor allem auf dem Gebiet der Sozialpolitik und der Umverteilung erzielt. Alles Politikbereiche, die eher in der Programmatik der SPD als in der der Union lagen. So wird auch vielfach davon gesprochen, dass die Union innerhalb der großen Koalition immer weiter nach links – etwa in die Richtung einer „zweiten Sozialdemokratie“ – gerückt sei.

Dies alles ist gefährlich und mit Sicherheit nicht zukunftsweisend. Deshalb: Besinnung und Aufarbeitung sind dringend erforderlich.

Die Union ist die klassische Partei der sozialen Marktwirtschaft – seit Ludwig Erhard und auch bis zu Helmut Kohl hin – gewesen. Soziale Marktwirtschaft heißt vor allem Freiheit und

Eigenverantwortung des Einzelnen. Von Freiheit und Eigenverantwortung wird indessen zunehmend weniger gesprochen.

Soziale Sicherung, soziale Gerechtigkeit etc. heißen auch in der Union inzwischen die vielfach präferierten Vokabeln. Deshalb ist es kein Zufall, dass die FDP wieder erstarkt ist. Auch mit dem entschlossenen Scheitern der Jamaika-Koalition hat die FDP ein klares Zeichen für sich als maßgebende Partei der sozialen Marktwirtschaft gesetzt.

Dominierender Politikstil der Bundeskanzlerin und der Union war in den letzten Jahren eher der Pragmatismus. Pragmatismus ist nichts Schlechtes, auch in der Politik nicht. Pragmatismus ersetzt jedoch nie inhaltliche Profile und darf vor allem die eigenen Grundwerte nicht verdrängen oder überspielen. Diese Gefahr ist indessen vielfach akut geworden.

Nicht zu Unrecht wird deshalb oft konstatiert, dass der Politikstil der Union in den vergangenen Jahren einer der thematischen Depolitisierung gewesen sei. Depolitisierung bekommt einer lebendigen Demokratie jedoch – zumindest auf Dauer – nie. Depolitisierende Verhaltensweisen sind in der Zeit der großen Koalition – sicherlich auch im Lichte der überwältigenden Parlamentsmehrheit von Union und SPD – oft in ein Maß faktischer Deparlamentarisierung eingemündet.

Deparlamentarisierung ist jedoch das Gegenstück einer lebendigen parlamentarischen und repräsentativen Demokratie. Deparlamentarisierung führt zur Übermacht der Exekutive; und auch dies ist in vielen Beispielsfällen deutlich geworden. Es wurden häufig ebenso überraschende wie übereilte Exekutiventscheidungen getroffen, die eigentlich der parlamentarischen Beratung und Legitimierung bedurft hätten.

Dies beginnt mit dem übereilten Ausstieg aus der Wehrpflicht – mit den heute leider zu konstatierenden Konsequenzen einer nur noch bedingt verteidigungsfähigen Armee. Dies setzt sich mit dem ebenso überhasteten wie unnötigen Ausstieg aus der friedlichen Nutzung der Kernenergie fort – mit der Konsequenz einer immer noch nicht funktionierenden „Energiewende“ und den daraus resultierenden Folgen für die Versorgungssicherheit.

Das gravierendste Beispiel stellt jedoch die Flüchtlingsentscheidung vom Herbst 2015 dar, die bis heute leider fortwirkt. Unter Berufung auf eine angebliche „Humanität“ wurden in rechtswidriger Weise die deutschen Grenzen geöffnet oder aufgegeben, wurden Hunderttausende von Flüchtlingen nach Deutschland gelassen, obwohl dies nach der Verfassung gar nicht statthaft gewesen wäre.

### **Deutschland braucht handlungsfähige Regierung**

Der Asylparagraf des Art. 16a GG hat – im Kontext mit den Dublin-Regelungen des europäischen Rechts – alles dies in Wahrheit gar nicht erlaubt. Und weiter: Im demokratischen Rechtsstaat gibt es keine exekutiv verfügte „Humanität“ über oder gar jenseits der Verfassung.

Der Deutsche Bundestag hat bis auf den heutigen Tag diese Problematik weder beraten noch legitimiert – bis hin zu den hohen zweistelligen Milliardenbeträgen, die Jahr für Jahr für jene Migranten jetzt aufgebracht werden müssen.

Bezeichnend für das wachsende Unbehagen an solchen Tatbeständen der Deparlamentarisierung ist die bei manchen wachsende Sympathie für eine Minderheitsregierung. Minderheitsregierungen sind natürlich die geborene Stunde des Parlaments.

Aber Deutschland kann sich eine solche Minderheitsregierung nicht leisten. Deutschland braucht existenziell eine handlungsfähige, also von der Mehrheit des Parlaments getragene Bundesregierung.

Die Union hat sich immer als die maßgebende Volkspartei der Mitte verstanden; und dies muss sie auch künftig bleiben. Volksparteien sind vor allem dadurch gekennzeichnet, dass sie die Breite der unterschiedlichen Meinungen und Interessen aufnehmen und in reale, konsensfähige Politik umsetzen. Für die Union galt darüber hinaus, dass sie vor allem auch die rechte (konservative) Mitte besetzt und repräsentiert.

Auch hier sind indessen die Defizite deutlich gewachsen. Das Auftreten der AfD hat dies in dramatischer Weise deutlich gemacht. Die Auseinandersetzung mit der AfD muss von der Union geführt werden. Eine solche Auseinandersetzung darf sich aber nicht auf Polemik oder das schlichte Gerede vom angeblichen „Populismus“ beschränken.

### **Programmatische Aufarbeitung und Neuorientierung**

Die an die AfD verlorenen Wählerstimmen wird man so nicht zurückholen. Eher im Gegenteil. Die Kritik der AfD beispielsweise an der Flüchtlingspolitik ist in vielem sehr begründet und fordert auch deshalb eine tragfähige Antwort. Ähnliches gilt für die Europapolitik.

Die Stärke von Volksparteien lag und liegt vor allem darin, über die Orientierung an der Mitte ein Ausfransen der Meinungs- und Parteienlandschaft an den politischen Rändern zu vermeiden. Dass dies in der Vergangenheit so gut gelungen ist, war und ist ein Verdienst der Union. Aber jetzt ist buchstäblich Alarm angesagt.

Die Union muss ihr Programm und Politikprofil wieder schärfen, muss den Begriff der politischen Mitte wieder inhaltlich besser besetzen und zukunftsweisende Politikperspektiven auf eben dieser Grundlage entwickeln oder wieder entdecken. Dies setzt viel programmatische Aufarbeitung und auch Neuorientierung voraus.

Für Volksparteien ist es sicherlich oft schwierig, sehr spezifische Programm- und Politikprofile zu entwickeln, da es eben in aller Regel, wenn nicht sogar vorrangig darum geht, möglichst breite Meinungs- und Interessenunterschiede in der Gesellschaft zu integrieren. Dennoch: Entsprechend offene Programmprofile dürfen nicht zu farbloser Blässe oder gar zum Verzicht auf ein eigenständiges Politikprofil führen. Auch dessen muss man sich in der Union heute wieder ungleich stärker als je zuvor erinnern.

Tradierte Programmprofile wie die von Freiheitssicherung, sozialer Marktwirtschaft und innerer Sicherheit müssen wieder stärker und zukunftsfähig belebt werden. Zukunftsaufgaben wie die Stärkung der Infrastruktur, eine moderne und leistungsfähige Bildungspolitik müssen ebenso in den Vordergrund einer erneuerten Programmatik treten wie die Fragen der Digitalisierung und vor allem der Deregulierung.

Die deutsche Wirtschaft beklagt seit Langem und mit Recht das Übermaß an Regulierung

und staatlicher Bevormundung. Wenn die deutsche Wirtschaft auch in Zukunft stark und erfolgreich bleiben soll, so braucht sie dringend ein entschlossenes Konzept von Deregulierung und Entbürokratisierung.

### **Europa muss neu konzipiert werden**

Eben dies sind natürliche Forderungen des Bekenntnisses zu Freiheit und Eigenverantwortung – wiederum und eigentlich tradierte Grundwerte der Union. Das Gleiche gilt für die längst überfällige Steuerentlastung. Zu hohe Steuern entmündigen den Bürger und befördern nichts anderes als schlichte Umverteilung. Beides gehört jedoch nicht zu den tradierten Grundwerten der Union.

Wie beschämend ist namentlich die Debatte über den Solidaritätsbeitrag. Eigentlich geschaffen für den Aufbau Ost und mit Recht entsprechend befristet, wollen nur allzu viele umverteilungsfreudige Fiskalpolitiker noch immer an ihm festhalten. Man könnte heute fast von einem klassischen Betrug am Steuerzahler und damit auch am Wähler sprechen.

In der Flüchtlingspolitik muss endlich der Mut zur Einwanderungsbegrenzung, zur Sicherung von nationaler Identität einerseits und gemeinverträglicher Integration andererseits aufgebracht werden. Ein „Weiter so“ wie bisher wird die Mehrheit der Wähler nie akzeptieren.

Schließlich die Europapolitik. Die Union ist seit jeher die klassische und maßgebende Europa-Partei gewesen. Die Europäische Union steckt heute jedoch in der wohl größten Krise ihrer gesamten Geschichte. Europa muss buchstäblich neu gedacht und neu konzipiert werden.

Auch hier muss die Union als klassische Europa-Partei rasch wieder aktiv und initiativ werden, vor allem dort, wo es um die systematische Vernachlässigung des Subsidiaritätsprinzips durch die Europäische Kommission geht, wo nationale Besonderheiten und Identitäten immer mehr negiert worden sind und wo – folgerichtig – der Unmut am Gesamtprozess der europäischen Einigung stetig wächst, wo Europa-Müdigkeit sich jedenfalls nicht mit dem Satz „Mehr Europa!“ konterkarieren lassen.

Es ist viel zu tun für die Union, und wenn dies im Zuge einer intensiven Aufarbeitung des Wahlergebnisses nicht bald geschieht, wird nicht nur die Union, sondern wird auch die bisher so stabile deutsche Demokratie ernsthaften Schaden nehmen.

Der Autor ist Rechtsanwalt und ehemaliger Politiker der CDU. Er war Bundesminister der Verteidigung und Justizsenator in Berlin.

© WeltN24 GmbH. Alle Rechte vorbehalten. 8.12.17